Dresdner Volkszeitung

Postscheck-Konto: Dresden, Bahden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M. durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 3spaltige Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Belegniederlegung 40 Pf.

Nr. 156 | Dresden, Donnerstag den 7. Juli 1921 | 32. Jahrg.

Wirth und Helfferich

Gestern hat im Reichstag der Reichskanzler Wirth die angekündigte Rede über sein Steuerprogramm gehalten. Wenig erfreulich war das, was er dem deutschen Volke mitteilen mußte. 80 Milliarden Mark an Steuern sollen insgesamt allein für das Reich aus dem deutschen Volke herausgeholt werden. Zu diesen 80 Milliarden Mark kommen noch die Steuern, die wir für Einzelstaaten und Gemeinden aufzubringen haben, und noch immer reichen, selbst wenn die geplanten Steuern die erhofften Erträge bringen, die Einnahmen des Reiches zur Deckung der Ausgaben nicht aus, so daß der Reichskanzler jetzt schon eine dritte Phase der deutschen Finanzreform ankündigen mußte. Anerkannt muß werden, daß das Kabinett bemüht ist, die Besitzenden in starkem Maße zu den neuen Lasten heranzuziehen.

Eine schreiende Ungerechtigkeit soll durch sogenannte Veredelung des Reichsnotopfers ausgeglichen werden. Hat doch die Geldentwertung dazu geführt, daß zwar diejenigen, die ihr Geld in festverzinslichen Papieren oder Hypotheken angelegt haben, von dem Reichsnotopfer in seiner ganzen Härte getroffen werden, während diejenigen, deren Vermögen infolge der Geldentwertung gewachsen ist, nach den jetzt geltenden Bestimmungen mit der Zahlung eines ganz geringen Prozentsatzes ihres Vermögens davonkommen, weil seit der Einschätzung zum Reichsnotopfer die Geldentwertung gewaltige Fortschritte gemacht hat.

Die Regierung trägt sich auch, wie aus Wirths Rede hervorgeht, mit dem Gedanken einer Beteiligung des Reiches an der Industrie. Man kann nur wünschen, daß sich das Kabinett durch das Geschrei der Kapitalisten nicht abhalten läßt, seine Pläne zu verwirklichen und alles zu tun, damit den Besitzenden ein möglichst großer Teil der Reparationslasten aufgebürdet wird.

Trotzdem eine scharfe Heranziehung des Besitzes geplant ist, müssen doch auch die indirekten Steuern erhöht werden. Die neuen Steuergesetze bringen also auch den Volksmassen neue schwere Lasten, die sie freilich nur dann auf sich nehmen werden, wenn mit dem geplanten Eingriff in den Geldbeutel der Besitzenden Ernst gemacht wird.

Das Reichskabinett wird zweifellos noch schwere Kämpfe zu bestehen haben, ehe es seine Steuervorlagen unter Dach und Fach bringt. Die Rede des Reichskanzlers Wirth lockte sofort Herrn Helfferich auf den Plan, der eine wütende Rede gegen die Finanzpläne der Regierung hielt und, wie das bei einem Deutschnationalen selbstverständlich ist, erklärte, daß das deutsche Volk unter keinen Umständen die Reparationslasten tragen könnte. Bei der Rede des Herrn Helfferich kam es im Reichstag zu Sturmszenen. Herr Helfferich wirkt nicht nur durch seine Art, aufzutreten, provozierend, sondern, daß er es überhaupt wagt im Reichstag so hervorzutreten und die gegenwärtige Regierung anzuklagen, das ist schon eine Herausforderung des Reichstags, ja, eine Herausforderung des ganzen deutschen Volkes. Herr Helfferich ist einer von denen, die mit die Hauptschuld an unserm Elend und insbesondere an der Zerrüttung unsrer Finanzen tragen.

Während des Krieges, als er die deutschen Finanzen zu verwalten hatte, hat er sich schützend vor den Geldbeutel der Besitzenden gestellt. Seine Pflicht als gewissenhafter Finanzmann wäre es gewesen, alles dafür einzusetzen, daß ähnlich wie in England schon während des Krieges die Vermögenden zu hohen Steuern herangezogen wurden. Helfferich hat das nicht getan, sondern er hat das deutsche Volk mit dem Hinweis auf die kommenden Kriegsentschädigungen zu beruhigen gesucht. Wahrlich, der Mann, der während des Krieges immer so großsprecherisch von den Milliarden redete, die wir bekommen sollten, ist am allerwenigsten berechtigt, darüber Klagelieder anzustimmen, daß wir jetzt Milliarden zahlen müssen.

Daß die Deutschnationalen für eine scharf zupackende Besteuerung des Besitzes nicht zu haben sind, war von vornherein zu erwarten. Herr Wirth hat aber auch nicht die Gewähr, daß ihn die bürgerlichen Koalitionsparteien bei der Durchführung seiner Besitzsteuerpläne unterstützen werden. Herr Trimborn, der als Redner des Zentrums zum Wort kam, behielt sich seine Stellung zu den Steuervorlagen vor und man muß, worauf wir schon wiederholt hingewiesen haben, damit rechnen, daß sich auch die bürgerlichen Koalitionsparteien gegen eine genügende Belastung der Besitzenden sträuben werden. Wir müssen uns also auf sehr scharfe Kämpfe gefaßt machen.

Im Gegensatz zu Herrn Helfferich, der von der Unerfüllbarkeit der Reparationsbedingungen sprach, gab unser Genosse Keil der Ansicht Ausdruck, daß der Beweis für die Unerfüllbarkeit der Bedingungen des Ultimatums durchaus nicht erbracht sei. Gewiß sind die Lasten, die wir tragen sollen, ungeheuer schwer, aber das Elend, das das deutsche Volk erdulden müßte, wenn wir nicht erfüllen und wenn von der Entente neue Zwangsmaßnahmen ergriffen werden, würde vielleicht nicht Herrn Helfferich und seine Freunde, aber die breiten Massen des Volkes noch viel schwerer treffen. Deswegen bleibt uns nichts andres übrig, als die Zähne zusammenzubeißen und alles zu tun, um die für die Reparation notwendigen Summen aufzubringen. Wenn wir daran gehen, unsre Wirtschaft so umzugestalten, daß wir die Produktivkräfte unsres Volkes und unsres Landes so zweckmäßig wie möglich ausnutzen, dann werden wir imstande sein, die uns auferlegten Lasten zu tragen, ohne daß das deutsche Volk allzu schwer zu leiden hat.

* * *

Des Kanzlers Steuerprogramm

Berlin, 6. Juli 1921.

Die Sitzung des Reichstages wird 11¼ Uhr vormittags eröffnet. Der Entwurf zum deutsch-belgischen Abkommen, betr. den

Friedensvertrag

wird in allen drei Lesungen angenommen, ebenso das Gesetz, betreffend Abänderung des **Reichsbeamtengesetzes** von 1873. Bei dem Gesetzentwurf über die **Neuregelung der im Handelsgesetzbuch** und in der **Gewerbeordnung** bei der Regelung des **Dienstverhältnisses** der Handlungsgehilfen und technischen Angestellten vorgesehenen Gehaltsgrenzen beantragt der Ausschuß **unveränderte Annahme** und gleichzeitig die Annahme einer Entschließung, die die Erwartung ausspricht, daß der in Aussicht gestellte Gesetzentwurf über die vorläufige Regelung des Wettbewerbsverbots für die technischen Angestellten noch in der nächsten Tagung des Reichstages verabschiedet werden kann. Die bisherige Schutzgrenze soll den augenblicklichen Gehaltsätzen entsprechend von 5000 auf 30 000 M. erhöht werden. Das Gesetz und die Entschließung werden debattelos angenommen, auch in dritter Lesung. Der Entwurf über die anderweitige Feststellung der Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung wird sodann in zweiter und dritter Lesung behandelt. Der Ausschuß beantragt **eine Einteilung in 8 Klassen.** Klasse 1 umfaßt Einkommen bis zu 1000 M., Klasse 2 1000 bis 3000 M., Klasse 3 3000 bis 5000 M., Klasse 4 5000 bis 7000 M., Klasse 5 7000 bis 9000 M., Klasse 6 9000 bis 12 000 M., Klasse 7 12 000 bis 15 000 Mark, Klasse 8 mehr als 15 000 M. Als Beiträge sollen erhoben **werden bis 31. Dezember 1926 für die Woche in Klasse 1 320,** in Klasse 2 450, Klasse 3 [illegible], Klasse 4 620, Klasse 5 760, Klasse 6 900, Klasse 7 1060 und Klasse 8 1200 Pf. Ein Antrag der Kommunisten will in Klasse 2 die volle Woche als Kriegsdienstzeit, in Lohnklasse 1 außer der **Kriegsdienstzeit** auch die Veränderung durch Arbeitslosigkeit **in Anrechnung bringen.** Außerdem liegt zu den einzelnen Paragraphen eine Reihe von Abänderungsanträgen der Unabhängigen vor, die sich auf die Erhöhung der Leistungen beziehen. Die Vorlage wird nach längerer Debatte im wesentlichen in der Ausschußfassung angenommen mit einem **Antrag Erkelenz** (Dem.), wonach **Kriegsteilnehmern die Kriegszeit in Lohnklasse 2 angerechnet** werden soll. Die dritte Lesung findet morgen statt. Der Gesetzentwurf, betreffend **Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher,** wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Es folgt der Gesetzentwurf, betreffend **Wochenhilfe und Wochenfürsorge.** Der Ausschuß hat die Beträge aufgebessert, worüber

Abg. Frau **Schröder,** Schleswig (Soz.), berichtet. Die Beschlüsse des Ausschusses seien einmütig gewesen.

Abg. Frau **Agnes** (U. Soz.): Meine Fraktion hat noch erneuter Beratung der Materie beschlossen, noch über die Beschlüsse der Ausschußfassung hinauszugehen. Wir verlangen auch eine **Schwangerenunterstützung für acht Wochen vor der Entbindung** in Höhe des Grundlohnes von mindestens 10 M. täglich, ferner eine Wöchnerinnenunterstützung auf 12 statt 10 Wochen. Das Gesetz soll spätestens am 1. Oktober 1921 in Kraft treten.

Frau **Backwitz** (Komm.) schließt sich diesen Anträgen an.

Reichsarbeitsminister **Brauns:** Der unabhängige Antrag enthält finanzielle Schwierigkeiten. Bisher sind 275 Millionen Mark an Kosten veranschlagt. **Der Antrag Agnes würde Mehrkosten von über 1 Milliarde Mark verursachen** und damit den Zusammenbruch der Krankenkassen herbeiführen. Ein weiterer Ausbau der Wochenhilfe sei notwendig und erstrebenswert; das müsse aber zeitlich erwogen werden.

Abg. Frau **Schröder** erkennt die Berechtigung der unabhängigen Anträge an. Die unabhängigen Anträge werden dem Sozialpolitischen Ausschuß zur Vorberatung überwiesen. Der Entwurf wird nach den Ausschußanträgen in zweiter Lesung genehmigt. Die dritte Lesung erfolgt morgen.

Die Abstimmung über das Mißtrauensvotum des Abg. Hoffmann (Komm.) gegen den Reichsjustizminister in der Angelegenheit Jagow ergibt dessen Ablehnung gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten. Das Gesetz über die **Gewährung von Beihilfen an die Rentenempfänger** und der Angestelltenversicherung wird nach unerheblicher Debatte angenommen. Der **Ausschuß für Bevölkerungspolitik** beantragt, beim Wiederzusammentritt des Reichstages einen

Gesetzentwurf gegen den Alkoholmißbrauch

vorzulegen. Die Weiterberatung wird abgebrochen, um dem Reichskanzler Gelegenheit zu geben, zum Nachtragsetat zum Haushaltsplan für 1921 zu sprechen.

Es folgt

die dritte Beratung des Nachtrags zum Reichshaushaltsplan.

Reichskanzler und Reichsfinanzminister Dr. **Wirth:** Der Aeltestenrat hat angeregt, bereits Anfang September die großen Steuervorlagen und die allgemeinen Probleme der Reparation zu beraten. **Von mir wünschte man noch vor den Ferien eine allgemeine Darlegung über die Steuerpläne der Regierung.** Ich habe diese Aufklärungen heute in einem Ausschuß des Reichswirtschaftsrates gegeben. — Als die Nationalversammlung vor zwei Jahren an die ungeheuer schwere Aufgabe der Fundation des Weltfriedens herantrat, konnte man natürlich noch nicht die Summe, die jährlich aus dem Friedensvertrag zu zahlen ist. Weiterhin konnte man noch nicht mit der inzwischen eingetretenen Geldentwertung rechnen. Schließlich sind auch noch „Nachträgliche Kriegsausgaben“ hinzugekommen. Die Erneuerung des Verkehrswesens usw. führte zu einer hohen Schuldvermehrung. Für jede verbrauchte Goldmark mußten viele Mark in Papiermark aufgebracht werden. Gegenwärtig beträgt der

innere Wert der Mark nur ein Zehntel der Friedensmark.

Auf dem Weltmarkt ist die Mark dauernd schweren Schwankungen unterworfen. Doch ist ihr innerer Wert noch geringer. Dementsprechend erhöhte sich das Bild des Bedarfs von Reich, Ländern und Gemeinden in ungeheurer Steigerung. Jede Milliarde neuer Schulden ist im Innern nichts andres als eine Summe von hundert Millionen Goldmark; jede Mark Steuern an das Reich bedeutet tatsächlich nur einen Friedensgroschen. Selbstverständlich ist auch jede Mark Einkommen nichts andres als ein Groschen. (Sehr richtig!) Das vergessen die Steuerzahler sehr oft den Forderungen des Reiches gegenüber. Man muß auch bei Vergleichen zwischen dem Schuldenbestand vor dem Kriege und gegenwärtig, zwischen den Ausgaben vor der Katastrophe und gegenwärtig die innere Geldentwertung stets in Betracht ziehen. Das wird in der Presse oft vergessen. Wie steht unser **Etat in der Gegenwart aus?** Da ist zunächst der ordentliche Etat mit 48,5 Milliarden Mark Ausgaben, darunter 35,8 Milliarden **für die eigentlichen** Reichszwecke, und 12,7 Milliarden für Länder und Gemeinden. Der außerordentliche Etat für 1921 wies noch die Summe von 80 **Milliarden Mark** auf, darunter 29,9 Milliarden Mark für die Ausführung des Friedensvertrages und 13,9 Milliarden Mark für die Zuschüsse an die Betriebsverwaltungen. Die übrigen 14,2 Milliarden Mark sind nötig für Lebensmittelzuschüsse, Erwerbslosenfürsorge, Wohnungsbau u. a. Dieser außerordentliche Etat muß möglichst rasch abgebaut werden. — Diese Ausführungen waren notwendig, weil die Kenntnis unsrer Etatziffern in Deutschland sehr wenig verbreitet ist. (Zustimmung.) Ich muß die Erfordernisse, die aus dem Ultimatum erwachsen, und die anderen außerordentlichen Ausgaben scharf trennen. Die 29,9 Milliarden Mark für die Ausführung des Friedensvertrages gehen zum größten Teil direkt über in den Etat der Kontribution, der in Zukunft einen Teil des ordentlichen Etats [illegible] wird. Deshalb wird [illegible] dieser Betrag [illegible] treten. Einmal für die Erfüllung des Ultimatums, ferner noch einmal im außerordentlichen Haushalt. Wir [illegible] Entschädigungen zu leisten haben, sind diese als einmalige außerordentliche Ausgaben zu behandeln. Die Ausgaben des außerordentlichen Etats dürfen nicht mit dem Kontributionsetat zusammengeworfen werden, da sie dauernde Ausgaben sind. Der Kontributionsetat [illegible] fortwährend nach der Höhe der [illegible] und nach der Höhe des [illegible] — Jede [illegible] und jede [illegible] abnormen gesteigert werden, [illegible] (Sehr richtig! — [illegible]) Die Rücksicht auf die Schwankungen unsrer Valuta [illegible] sehr schwierig. Die Reparationsleistungen sind

gegenwärtig mit 3,6 Milliarden Goldmark zu beziffern.

Hinzu kommt der schwankende [illegible] für das laufende Jahr sind rund 10 Milliarden [illegible]. Wir müssen nach einer Erfassung der [illegible] die Gegenseite hat anerkannt, daß [illegible] sind. Auch der Umfang der Sachleistungen [illegible] noch nicht genau sein. Für die ersten Jahre wird man mit einer Papiergeldbelastung auf Grund des Ultimatums in Höhe von 42 Milliarden rechnen müssen. Dann kommen noch die Kosten der Besatzung. Für den außerordentlichen Etat bleiben zur Erfüllung des Friedensvertrags etwa fünf Milliarden. Die übrigen 21 Milliarden werden auf den ordentlichen Haushalt übernommen. Wie soll nun die Deckung erfolgen? Wir müssen danach trachten, die laufenden Kontributionen durch laufende Einnahmen zu decken. Da werden wir auch vor schweren Steuern nicht zurückschrecken dürfen und neue Einnahmequellen erschließen müssen. Für den Reparationsetat muß auch die indirekte Besteuerung neben der direkten, wo sie noch ausbaufähig ist, verschärft werden. Die Aufgabe drängt, müssen wir zunächst die Steuerformulare [illegible] und auf bekannten Wegen zum Ziele zu gelangen [illegible]. Durch eine Verbesserung der Zuverlässigkeit der Erhebung und die Kontrolle müssen wir aus unsrer [illegible] möglichst hohe Erträge herausholen. Zu den [illegible] eine starke Erhöhung der **Körperschaftssteuer,** eine [illegible] Versicherung und ein Ausbau der **Steuer auf Kapitalsvermögen,** ferner Ausbau der **Zuckersteuer,** der Tabaksteuer, der [illegible] Änderung des Branntweinmonopols, Erhöhung der Zündwarensteuer.

Der Ertrag des Reichsnotopfers muß gehoben werden;

besonders die Besitzer von Realvermögen müssen noch ganz anders herangezogen werden. (Sehr richtig! links.) Ich denke da an eine neue Veranlagung des Reichsnotopfers, die periodisch zu erfolgen hätte, und der Veränderung des Geldwertes Rechnung trägt. Das Reichsnotopfer belastet das abgabepflichtige Vermögen mit 10 Prozent. Jetzt soll zu einem bestimmten Termin eine erhöhte Vermögensabgabe erhoben werden, die von Jahr zu Jahr neu zu veranlagen ist. Für die kleinen Rentner und kinderreichen Familien sind Vergünstigungen vorgesehen. Der voraussichtliche Ertrag bei solchem Umbau ist schwer zu schätzen. Das wird erst möglich sein, wenn die tatsächlichen Vermögensverschiebungen einigermaßen feststehen. Bei vorsichtiger Schätzung werden wir immerhin auf einen Ertrag von sieben bis acht Milliarden Mark jährlich rechnen können. Der Gedanke der

Beteiligung auch der Industrie am Reichsnotopfer

unterliegt zur Zeit der Erörterung. Beabsichtigt wird die Heranziehung der Unternehmungen mit einem Drittel ihres Ertrages, indem ein Teil der Dividende dem Reich zugeführt wird. Auf diese Weise werden dem Unternehmen keine flüssigen Mittel entzogen. Voraussichtlich im September kann ich hierüber Näheres mitteilen. Weiter soll der Nachkriegsgewinn durch eine Umlage erfaßt werden. Gedacht werden soll dabei der auf Ersparnis beruhende Vermögenszuwachs. Eine sehr bedeutende Vermehrung der Einnahmen der Vollsteuer erwarten wir durch eine Verbesserung der Steuererhebungsweise. Bei der Einkommensteuer erwarten wir allein aus einer sorgfältigen Nachprüfung und Veranlagung ein Mehraufkommen von acht Milliarden Mark. Bei einer nur ganz geringen Vermehrung der Kohlensteuer um 5 Prozent rechnen wir, die Schätzung **kann** natürlich nur roh sein, auf ein Mehraufkommen gegenüber dem **Etat** von etwa 80 bis 90 Milliarden Mark. Eine vorläufige **Uebersicht** über die finanzpolitische Wirkung der Durchführung der Steuergesetze

ergibt etwa 80 Milliarden Steuereinnahme im ganzen.

(Hört, hört!) Wahrscheinlich wird der Ertrag noch höher sein und sich um die 100 Milliarden Mark herum bewegen, d. h. etwa zehn Milliarden Goldmark. Die Kohle muß, soweit möglich, nutzbar gemacht werden für die Zwecke des Reiches. (Hört, hört!) Dazu tritt die Frage der Exportabgabe und die Frage der Spannung zwischen dem Inlandswert und dem Auslandswert der deutschen

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210707/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG